

Mindestlöhne: Regierung versagt bei Kontrolle

„Die Regierung versagt bei Kontrolle von Mindestlöhnen“, kommentiert Beate Müller-Gemmeke das Ergebnis ihrer „kleinen Anfrage“.

Berlin/Reutlingen. Ihre Anfrage an die Bundesregierung über die „Kontrolle von Mindestlöhnen“ hat die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke überregional bekannt gemacht. Sie wurde in der „Süddeutschen“ und der „Welt“ zitiert, gestern schaute ein Fernsichteam des SWR bei ihr vorbei.

„Es reicht nicht, branchenspezifische Mindestlöhne zu vereinbaren und zu hoffen, dass diese automatisch von allen Unternehmen eingehalten werden. Ebenso zeigt die Antwort: Die Bundesregierung wird ihrer Schutzfunktion für die Beschäftigten nicht gerecht“, konstatierte Müller-Gemmeke die Antwort der Regierung. Viele Unternehmen unterliefen die gesetzlichen Mindestlöhne, und die Kontrollen reichten bei weitem nicht aus. In der Bauwirtschaft wurden im vergangenen Jahr 1500 Bußgeldverfahren gegen Firmen wegen Verstößen gegen den Mindestlohn eingeleitet. In der Branche der Gebäudereiniger waren es 200 Verfahren. Laut den Zahlen der Bundesregierung profitierten rund zwei Millionen Beschäftigte von den bisher vereinbarten Mindestlohn-Regelungen. Im August kämen noch 800 000 Pflegekräfte hinzu, so dass fast drei Millionen Menschen einen festen Anspruch auf die Zahlung von Mindestlöhnen haben.

Diese massive Ausweitung branchenspezifischer Mindestlöhne, um fast ein Drittel, erfordere, unterstreicht Müller-Gemmeke, aber auch deutlich mehr und gezielte Kontrollen. Erfreulich sei, dass nun auch die Bundesarbeitsministerin auf die kleine Anfrage reagiert habe und schärfere Kontrollen fordere. „Ohne das nötige Personal sind die Kontrollen jedoch nicht durchzuführen: Gerade mal 150 zusätzliche Planstellen hat die Bundesregierung zur Kontrolle und Durchsetzung von Mindestlöhnen in diesem Jahr geschaffen. Das ist nur einen Tropfen auf den heißen Stein.“ Auch die bis 2013 geplanten 500 neuen Stellen reichten nicht aus. Nach Ansicht der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) seien bis 2000 Kontrolleure nötig. Bündnis 90/Die Grünen forderten neben einem gesetzlichen Mindestlohn weitere branchenspezifische Mindestlöhne. Zudem müsse die Bundesregierung alles dafür tun, dass Mindestlöhne auch eingehalten werden. Gezielte Kontrollen in allen Branchen und ausreichend Personal seien notwendig.